

Losser, Alphonse

Article
Replik

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Losser, Alphonse (1984) : Replik, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 10, Iss. 2, pp. 291-298

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332159>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Replik

ALPHONSE LOSSER

Die Bemerkungen von N. Schuh beziehen sich auf verschiedene Aspekte der Wirtschafts- und Sozialpolitik Frankreichs seit dem 10. Mai 1981, sowie der allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Frankreichs. Ich werde versuchen, sie kurz zu beantworten.

1. Ich behaupte nicht, daß der 10. Mai 1981 eine grundlegende Veränderung der französischen Gesellschaft bedeutet, aber daß die Wahl eines sozialistischen Präsidenten der Republik und einer linken Mehrheit in der Nationalversammlung im Frühjahr 1981 nicht nur das Ergebnis der Mißerfolge der vorher geführten Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern auch die Folge einer Reihe langfristiger Entwicklungen der französischen Gesellschaft ist, die dem Linkstrend zum Durchbruch verhalfen. Der 10. Mai 1981 ist also auch das *Resultat* verschiedener politischer, wirtschaftlicher, sozialer, religiöser, kultureller und gesellschaftlicher Entwicklungen der letzten Jahrzehnte.

In der politischen Geschichte Frankreichs bleibt also 1981 das Jahr des Regierungswechsels und der institutionellen Kontinuität im Rahmen der V. Republik. Der Machtwechsel von Mai/Juni 1981 bildete einen entscheidenden Schritt auf dem Weg der Institutionalisierung des Regimes. In zwei aufeinanderfolgenden Etappen ist die Linke mit den wesentlichen institutionellen Mitteln ausgestattet worden. Ihre Macht ist im Rahmen der

konstitutionellen Regeln und der Praxis der V. Republik auf Dauer gesichert. Das bedeutet einen wichtigen Unterschied gegenüber den Regierungen der Volksfront und der Befreiung.

Schließlich bestätigt der friedlich verlaufene Machtwechsel eine langfristige Tendenz des französischen politischen Lebens, nämlich jener – trotz gegenteiligen Anscheins – zur Milderung der politischen Konflikte. Sie zeichnet sich zum Beispiel aus durch verstärkte Stabilität der Staatsordnung. Abgesehen von der kurzen Zwischenperiode des Vichy-Regimes sind die republikanischen Institutionen heute mehr als hundert Jahre alt. Sicher kann man bekräftigen, daß „die erste durch den Machtwechsel von Mai–Juni 1981 gelungene Nationalisierung diejenige der Institutionen ist. Von einer bestimmten Mehrheit und von einer einseitigen Auffassung ihres Betriebes abgetrennt, sind die Institutionen von nun an die Sache aller und der französische Konsens faßt sich nicht mehr in der Annahme ihrer wiederholten Niederlagen durch die Linke zusammen“¹.

Trotzdem kann nicht auf die endgültige Institutionalisierung des Regimes geschlossen werden. Mit dem Machtwechsel vom Frühjahr 1981 kann man noch nicht von einer Wechselfolge britischen Typs sprechen. Einerseits, nach fast einem Vierteljahrhundert der Machtausübung, gewöhnt sich die Rechte nur langsam an die für sie neue Rolle der Opposition; nach einem Vierteljahrhundert der Opposition haben gewisse Teile der Linken (und namentlich der Sozialistischen Partei) etwas Mühe, sich in der Rolle der Mehrheit zu finden und der im Rahmen dieser Mehrheit gebildeten Regierung die notwendige Unterstützung immer zu gewähren. Andererseits hat sich das Problem des eventuellen Zusammenlebens und der möglichen Zusammenarbeit eines Präsidenten der Republik mit einer anderen politischen Mehrheit in der Nationalversammlung seit dem Beginn der V. Re-

publik, noch nicht gestellt. Ein solcher Fall hätte sich namentlich 1978 ereignen können. Im Fall einer Niederlage der Linken bei den Wahlen zur Nationalversammlung von 1986 wird sich das Problem stellen. Jedenfalls muß der Fall früher oder später einmal vorkommen.

Nach Schuh bietet die französische Geschichte bestes Anschauungsmaterial dafür, daß radikale Wortgefechte mehr als in anderen Nationen einen grundlegenden Konsens der Streitparteien überdecken. Sich auf Zeldin stützend, will er feststellen, daß sich, hinter der scheinbar unversöhnlichen Teilung der französischen Nation in „Links“ und „Rechts“ ein grundlegender Konsens der französischen Gesellschaft in den entscheidenden politischen Fragen verbirgt. Das „Rechts-Links-Schema“ würde also in der französischen Politik einen Mythos bilden. Natürlich gibt es in Frankreich wie in allen (oder wenigstens in den meisten) Ländern ein allgemeines Bekenntnis zur Nation, zu ihrer Berufung und zu ihrer Geschichte. Natürlich gibt es in Frankreich ein Bekenntnis zum französischen Gedanken der Nation. „Frankreich hat Frankreich geschaffen, und das verhängnisvolle Element der Rasse scheint mir da sekundär zu sein. Sie ist Tochter ihrer Freiheit“, schreibt der große Historiker Jules Michelet². Natürlich gibt es in Frankreich ein allgemeines Bekenntnis zu den Menschenrechten und zu den Werten der Demokratie. Natürlich geht der Wille zur Landesverteidigung und zur Mehrung des Wohlstands über die Rechts-Links-Trennung hinweg.

Aber wie in anderen Ländern gibt es auch in Frankreich einen ständigen politischen Kampf zwischen den Anhängern der existierenden sozialen Verhältnisse (Konservative) und den Befürwortern einer (revolutionären oder reformistischen) Umwandlung dieser Verhältnisse (Progressisten). Dieser Kampf ist so alt wie die Menschheit. Seit der französischen

Revolution versucht die französische Linke die Ideale der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 (sowie gegenwärtig der Internationalen Erklärung der Menschenrechte der UNO) in der sich unter dem Einfluß der Ideen, der Techniken und der Machtverhältnisse immer wandelnden Gesellschaft zu verwirklichen. Sowohl in Frankreich als auch in anderen Ländern scheint also das „Rechts-Links-Schema“ kein Mythos zu sein. Das „Rechts-Links-Schema“ verneinen bedeutet vielmehr zur Verbreitung eines Lieblingsmythos der Rechten (besonders der heutigen Rechten) aus Überzeugung oder Naivität beizutragen.

Die ständige Verbesserung der Verhältnisse des gesellschaftlichen Lebens bildet nun ein notwendigerweise wichtiges Kapitel des Programms jeder politischen Partei, die in einer pluralistischen Demokratie westlichen Typs an die Macht kommen oder daran bleiben will. Also müssen auch die Rechtsparteien Wohlfahrtsmaßnahmen vorschlagen, um den Willen der Gesellschaft nach wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt zu befriedigen, und so zu versuchen der Staatsmacht zu verfügen. In Frankreich sind die wenigen und allgemein kurzen Machtausübungsperioden der Linken durch wichtige wirtschaftliche und soziale Reformen gekennzeichnet. Aber auch während der Machtausübungsperioden der Rechten werden unter dem Druck der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse und dem Einfluß der aufgeklärtesten Bestandteile der Rechten solche Reformen durchgeführt. Doch die von der Rechten durchgeführten Reformen haben hauptsächlich einen sozialen oder allgemein gesellschaftlichen Charakter. Sie berühren nur selten das Privateigentum der Produktionsmittel und/oder die Struktur der wirtschaftlichen Macht. Also, trotz des nicht selten rechts existierenden Reformwillens, oder gerade wegen der Form dieses Reformwillens, ist das

„Rechts-Links-Schema“ kein Mythos. Oder, man kann auch bekräftigen, daß für die Rechte die Sozial- und Gesellschaftsreformen ein ausgezeichnetes Mittel bilden, um einerseits die existierende Eigentums- und Machtstruktur zu verstärken, andererseits den Mythos des überholten Charakters des „Rechts-Links-Schemas“ zu untermauern.

2. Nach Schuh ist die Sozialistische Partei Frankreichs im Grunde genommen eine gemäßigte Partei, die keine umwälzenden Reformen durchführen will. Zuerst muß man sich natürlich fragen, was eine „gemäßigte“ Partei ist. In der französischen politischen Terminologie wird das Wort „gemäßigt“ allgemein zur Bezeichnung von eher rechts denkenden oder orientierten Bürgern und Gruppierungen verwendet. Die Benennung „rechts“ verweigernd stellen sich die Rechtsparteien oft als zentristische oder gemäßigte Parteien vor. In diesem Sinne ist die PS sicher keine gemäßigte Partei.

Vielleicht ist es gerechter, die PS als eine demokratische und reformistische Partei darzustellen. Die beiden Bezeichnungen sind untrennbar miteinander verbunden. Wie jede demokratische Partei in einer pluralistischen Demokratie westlichen Typs will auch die PS die Macht nur im institutionellen Rahmen einer solchen Demokratie ausüben. Also kann sie ihr Parteiprogramm nur auf dem Weg von Reformen und mit demokratiekonformen Mitteln durchführen. Schuh behauptet, daß die wirtschaftspolitische Linie der Linksregierung nach 1981 sehr gut mit der Wirtschaftstheorie Keynes' zur Deckung gebracht werden kann. Hier muß man sich auch fragen, um welche Interpretation von Keynes' Wirtschaftstheorie es sich handelt. Wenn der Austrokeynesianismus als Strategie ökonomischer Reformschritte und nicht als eine bestimmte Kombination von Budget-, Währungs- und Einkommenspolitik verstanden wird³, so kann man bekräftigen, daß unter Achtung

der nationalen Gegebenheiten, die wirtschaftspolitische Linie der französischen Regierung seit dem 10. Mai 1981 als austrokeynesianische bezeichnet werden kann. Neben den Nationalisierungen von Unternehmen und Banken, die nicht mehr dem privatwirtschaftlichen, aber weiter dem marktwirtschaftlichen Sektor angehören, gibt es, von der nach der Nationalisierung der Banken unternommenen Bankreform bis zum gegenwärtigen Gesetzentwurf über die Entwicklung der wirtschaftlichen Initiative, eine Reihe von Reformen, die sicher zur Entfaltung der „demokratischen Marktwirtschaft“ beitragen.

Es ist also ungerecht, der PS vorzuwerfen, keine umwälzenden Reformen durchführen zu wollen. Seit der Befreiung hat keine französische Regierung mehr Reformen durchgeführt als die nach dem Machtwechsel von 1981 gebildete Linksregierung. Einige dieser Reformen ändern die Eigentumsstruktur, die Entscheidungsstruktur und das Sozialwesen in Frankreich wesentlich. Es handelt sich also um erhebliche Reformen, deren wirkliche Tragweite oft erst in einiger Zeit gemessen werden kann. Eine der fundamentalsten Reformen (wenn nicht die fundamentalste Reform) ist die Dezentralisierung, deren Notwendigkeit die Rechte während ihrer Machtausübungszeit anerkannt hatte, ohne sie jemals durchzuführen. In der Tat ist der Status der lokalen Gebietskörperschaften ein wichtiger Teil und ein Element der Stabilität des republikanischen Regimes. Also ist die Dezentralisierung vielleicht die tiefste und sicher die unwiderruflichste aller unternommenen Reformen. Es ist erstaunlich, daß Schuh sie in seinen Bemerkungen nirgends erwähnt. Man muß hoffen, daß er in seiner angekündigten Dissertation die vielfältigen Aspekte und Folgen dieser umwälzenden Reform analysieren und die Initiative der 1981 gebildeten Linksregierung anerkennen wird⁴.

Was die reformistische Ideologie der

PS betrifft, kann man bekräftigen, daß „die Sozialistische Partei Frankreichs eine total originelle politische Realität in der europäischen Linken bildet. In mehrfacher Hinsicht ist sie verwandt mit den anderen sozialistischen Parteien Südeuropas (kommunistische Konkurrenz, Mangel von Kontakt zu den Gewerkschaften). Aber seit 1971 folgt sie einer eigenen Laufbahn, gekennzeichnet durch die Linksunion und ein radikales Programm von Strukturreformen. Ihr triumphaler Erfolg bei den Präsidentschafts- und Legislativwahlen von 1981 und ihre hegemoniale Position in der Linken geben ihr dank den Institutionen der V. Republik die Möglichkeit, ihr Programm durchzuführen und wenigstens fünf Jahre ohne (politische) Beschränkungen zu regieren. Das ist mehr als jede der linken Machtausübungen in der Vergangenheit, und das zwingt übrigens die französische Linke, sich an Regeln zu halten, an die sie nicht gewöhnt ist“⁵.

Die PS will namentlich und vorzugsweise ihren Einfluß auf die „neuen Schichten“ der gebildeten und diplomierten Arbeitnehmer ausdehnen. Sie will auch – im Rahmen der Linksunion – an die Macht kommen. Daraus ergibt sich einerseits ein auf die sozialistische Selbstverwaltung gebautes Wirtschafts- und Gesellschaftsprogramm (dessen ideologischer Maximalismus und radikale Formulierung den Bruch mit den Auffassungen und Methoden der früheren, in der Zusammenarbeit mit der Rechten untergegangenen sozialistischen Partei hervorheben soll), und andererseits die Annahme der anfangs verworfenen Institutionen der V. Republik (das heißt einer starken Staatsmacht und von den traditionellen sozialistischen Auffassungen total verschiedenen Institutionen). Endlich will die PS beweisen, daß auch die Linke mit Realismus und Kompetenz die Verantwortung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik übernehmen kann. So möchte sie der traditionellen Kritik der Rechten in bezug

auf ihre wirtschaftliche und finanzielle Unfähigkeit die Stirn bieten. Die Anerkennung der Wichtigkeit der Wirtschaft und ihrer Zwänge drückt den Einfluß des „Mendèsismus“ (nach dem Namen des früheren Ministerpräsidenten Pierre Mendès-France 1907–1982) aus.

Obwohl die PS unter dem Impuls von Präsident Mitterrand natürlich die von der gegenwärtigen Regierung geführte Politik unterstützt, besteht sie weiter aus Strömungen, die, jede nach ihrem politischen Empfindungsvermögen, manchmal Aspekte dieser Politik kritisieren und andere Lösungen der sich stellenden Probleme vorschlagen. So ist zum Beispiel die wirtschaftspolitische Wende vom 25. März 1983, die eine Wahl zugunsten des freien Handels und den Zwängen der Konkurrenzfähigkeit ausdrückt, in verschiedenen Teilen der linken Mehrheit (und namentlich der PS) heftig kritisiert worden⁶. Auch die PS als Partei unterstützt nicht immer ohne Zögern die von der Linksregierung auf gewissen Gebieten vorgeschlagenen Orientierungen oder Lösungen (wie gegenwärtig anläßlich der Ausarbeitung eines neuen Status des Privatschulwesens). „Da die PS ihren Geburtsschein nicht vom 10. Mai hat, sieht sie ihren Horizont nicht durch das Septennat abgegrenzt... Sie wirkt für den Sozialismus“, bekräftigt der nationale Orientierungsantrag des letzten Parteitag⁷.

3. Die Nationalisierungen bilden die erste von der Regierung Mauroy unternommene fundamentale Reform. F. Mitterrand hatte mit Nachdruck ihre Notwendigkeit bejaht. Die Bildung eines stark strukturierten und aus strategisch bedeutenden Unternehmen bestehenden öffentlichen Sektors soll die Überwindung der Wirtschaftskrise durch die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums und die Modernisierung der Industrie erlauben. In Frankreich ist die Industriepolitik, das heißt die volontaristische Aktion des Staates hinsichtlich

der Strukturen des Produktionssystem, eine alte Tradition die auf Colbert (1619–1683) und Saint-Simon (1760–1825) zurückgeht⁸.

Die 1981 und 1982 durchgeführten Nationalisierungen sind im wesentlichen schon im Regierungsprogramm der PS und im gemeinsamen Regierungsprogramm der Linken (beide von 1972) angekündigt worden. Sie sollen „eine neue industrielle Dynamik“ schaffen⁹. In seinem dem Konzept des industriellen Sozialismus gewidmetem Buch unterscheidet der französische Wirtschaftswissenschaftler Alain Boubilil drei Kategorien von Produktionsketten als Grundlagen einer sozialistischen Industriepolitik: – „leading sectors“ mit vertikaler Integration anderer Bereiche, welche bestimmte Produkte und Technologien verbreiten und die Entwicklung anderer Bereiche nach sich ziehen (Baumaterialien, Glasindustrie, Eisenerz-, Eisen- und Stahlindustrie, NE-Metallindustrie, Chemie-Kunststoffindustrie),

– „Autonomie-Produktionsketten“, deren Ziel die Stabilisierung oder die Reduzierung des Niveaus der Importe und die Sicherung der Entwicklung der Exporte ist (Energieunabhängigkeit sichernde Produktionskette, mit dem Verkehrswesen verbundene Produktionskette),

– „Souveränitäts-Produktionsketten“, welche langfristig die industrielle Souveränität (und also die politische, strategische und kulturelle Souveränität) garantieren (Produktionskette der Behandlung und Umwandlung der Information, Produktionskette der Automatismus-Werkzeugmaschine-Protokollierung)¹⁰.

Durch die Vielfältigkeit ihrer Tätigkeiten können die öffentlichen Unternehmen dem Staat die Initiative bei der Entwicklung der wichtigsten Produktionszweige ermöglichen. „Die verstaatlichten Industrien als „Speer Spitze“ zur Modernisierung der französischen Industrie zu verwenden, ist als wirtschaftspolitisches Konzept in Frankreich keine revolutionäre Neue-

rung. Der Versuch, die industrielle Entwicklung über staatliche Interventionen zu beeinflussen, hat seit Colbert eine lange Tradition. Sie hat Mißerfolge, aber auch Erfolge aufzuweisen. Frankreich war in der Energiepolitik erfolgreicher als manches andere Industrieland und kann in einigen modernen Technologiebereichen Trümpfe vorweisen (Luftfahrt, Telekommunikation, Biochemie)¹¹. Gegenwärtig ist es noch zu früh, um die Bilanz aufzustellen. „Eine industrielle Strategie läßt sich erst nach zehn oder noch mehr Jahren beurteilen“¹². Ihr eventueller Erfolg hängt auch von der allgemeinen Entwicklung der Weltwirtschaft und der Wirtschaft der Europäischen Gemeinschaft ab¹³.

Neben der Modernisierung der Industrie und der Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums bleibt die Inflationsbekämpfung ein anderes wichtiges Ziel der französischen Wirtschaftspolitik. Die Notwendigkeit dieser Bekämpfung und die Rückkehr zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht rechtfertigen die wirtschaftspolitische Umkehr und die Härtemaßnahmen („plans de rigueur“) von Juni 1982 und besonders von März 1983. Der Erfolg der Inflationsbekämpfung hängt schließlich längerfristig weniger von den Resultaten der Härtemaßnahmen ab als von der erhofften Konkurrenzfähigkeit der französischen Wirtschaft. Mit dem öffentlichen Sektor hat die Regierung potentiell ein entscheidendes Instrument in der Hand, um die Investitionsentscheidungen und den Ausbau neuer Technologien konzentriert zu fördern. Die öffentlichen Unternehmen beherrschen die vier strategischen Bereiche, im öffentlichen Verkehrs- und Kommunikationswesen, in der Energiewirtschaft und bei den Energieresourcen, im Banken- und Kreditsektor, in den wichtigsten Technologie- und Wachstumssektoren, wie Raum- und Luftfahrt, Atomwirtschaft, Elektronik, Informatik. Von der gegenwärtigen französischen Wirtschaftspolitik

sprechend, bekräftigt der französische liberale Wirtschaftswissenschaftler François Bilger: „Es stimmt, daß diese sehr kohärenten, aber insgesamt doch fragwürdigen staatlichen Methoden augenblicklich im Sinne durchaus lobenswerter Ziele eingesetzt werden: zur konjunkturellen Stabilisierung und zur Umstrukturierung der Industrie. Es ist möglich, daß, dank der besseren Beziehungen zu den Gewerkschaften, des internationalen Aufschwungs und des Sinkens des Dollars, von denen die gegenwärtige Regierung profitiert, diese ihre konjunkturellen Ziele tatsächlich in der vorgesehenen Frist erreichen könnte“¹⁴.

Schon im Jahre 1983 stellte man fest, daß die Austerity-Politik zu greifen beginnt¹⁵. Im Frühjahr 1984 ist die Erholung bereits eingeleitet. „Wir haben ein Kap überwunden, aber es bleibt uns noch Weg zurückzulegen. Werden wir die Geduld und den Willen dazu haben? So lautet die ganze Frage“, betont der französische Wirtschafts-, Finanz- und Budgetminister Jacques Delors, der „aus jedem Arbeiter einen bewußten Akteur des wirtschaftlichen Lebens machen“ will und sich also zum demokratischen Sozialismus bekennt¹⁶. Die derzeitige Wirtschaftspolitik bedeutet somit keinesfalls eine ordnungspolitische Wende.

Mit den immer näher rückenden Wahlen zur Nationalversammlung von 1986 stellt sich natürlich die Frage der weiteren Unterstützung der Austerity-Politik durch die Kommunisten und den linken Flügel der PS. Neulich hat der bekannteste Leiter dieses Flügels, der frühere Forschungs- und Industrieminister Jean-Pierre Chevènement die Wirtschaftspolitik der Regierung Mauroy wieder kritisiert: „Der Graben, der sich zwischen den Zielen und den Resultaten sicher auftun wird, beunruhigt mich... Mit 2,8 Millionen Arbeitslosen im Jahre 1986 wird die Linke die Wahlen nicht gewinnen“¹⁷.

Es bleibt, daß in der Vergangenheit

die Linke immer der Unfähigkeit und der Unverantwortlichkeit auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik von der Rechten angeklagt wurde. Erfolge der Austerity-Politik und der Industriepolitik wären also von historischer Bedeutung für die Zukunft.

4. Ich habe in meinem Artikel geschrieben, daß die Lois Auroux und die verschiedenen anderen sozialpolitischen Maßnahmen „entscheidend daran mitgewirkt haben, Frankreich ein modernisiertes und humaneres, anderen westeuropäischen Ländern ähnliches Arbeitsrecht zu geben“ (S. 358). Man versteht umso weniger die Schärfe der Kritik des Unternehmertums.

5. Die Reform des Steuersystems bleibt eine der wichtigen zu unternehmenden Reformen in Frankreich. Sie ist besonders schwer durchzuführen, da sie das Umverteilungsziel mit dem Allokationsziel vereinigen muß. Ihr Erfolg ist mit einem Wiederaufleben des staatsbürgerlichen Pflichtgefühls und einer Erneuerung der Staatsgesinnung verbunden¹⁸. Die Renaissance des Bürgersinns kann sich nur aus einer vielseitigen Bildungsbemühung ergeben.

6. Nach drei Jahren Machtausübung der Linken kann man sich natürlich über das Wesen und die Zukunft des *socialisme à la française* („Sozialismus nach französischer Art“) fragen. Ist er seinen Prinzipien treu geblieben? Ist er zu einer „zweiten Rechten“ geworden? Paßt er sich nur den Zwängen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung sowie der Machtausübung an? Diese Fragen sind Elemente einer vielseitigen gegenwärtigen Debatte in Frankreich¹⁹. In einem anläßlich des dritten Jahrestages seines Wahlsieges von 1981 gegebenen Interview bekräftigt Präsident François Mitterrand seine Treue zum Sozialistischen Projekt: „Ich will Frankreich modernisieren in bezug auf die soziale Gerechtigkeit“. Mitterrand schlägt eine Art dritter Weg zwischen dem rasenden Etatismus und

dem totalen Liberalismus vor. „Die Gesellschaft mit gemischter Wirtschaft, das ist die französische Gesellschaft, so wie sie sich abzeichnet in dem und durch das Zusammenleben von zwei kräftigen (öffentlich-wirtschaftlich und privatwirtschaftlich) Sektoren, die voneinander unabhängig, aber komplementär sind... Es gibt die Rechte, die – ohne daß sie es dazu brachte – Frankreichs Ressourcen vergrößern, aber nicht umverteilen will; es gibt die Linke, die alles verteilen will, ohne sich um das Produzieren zu kümmern; es gibt die Linke, zu welcher ich gehöre, die produzieren will, um umverteilen zu können“⁽²⁰⁾.

Anmerkungen

- 1 Sur (Serge), *France: Les élections, Les conséquences des élections*, in: *Universalis* 1982, *Les événements, les hommes, les problèmes en 1981*, Paris, Encyclopaedia Universalis, 1982, S. 274.
- 2 Michelet (Jules), *Histoire de France*, Paris, Editions de Saint-Clair, 1964, S. 15.
- 3 Ostleitner (Herbert), *Zu den Grundlagen der wirtschaftspolitischen Konzeption der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ)*, in: Abele (Hanns), Nowotny (Ewald), Schleicher (Stefan), Winckler (Georg) (Hrsg.), *Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik*, Wien, Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1982, S. 133 & 136.
- 4 Siehe zum Beispiel: Les adaptations administratives nécessaires à la préparation de la planification régionale, *Journal officiel de la République française, Avis et rapports du Conseil économique et social*, Nr. 21/1983, 6. 12. 1983, 66 S.
- 5 Portelli (Hugues), *L'idéologie réformatrice du nouveau parti socialiste*, in: Dreyfus (François-G.) (Hrsg.), *Réformisme et révisionisme dans les socialismes allemand, autrichien et français*, Paris, Editions de la Maison des sciences de l'homme, 1984, S. 157.
- 6 Lipietz (Alain), *Un socialisme français aux couleurs du libéralisme, Autres contraintes, autres périls*, *Le Monde diplomatique*, 31. Jahrgang, Nr. 360, März 1984, S. 1 & 16–17.
- 7 Le Congrès de Bourg-en-Bresse, 28–30. Oktober 1983, Motion nationale d'orientation, *Pour réussir le changement, Le Poing et la Rose*, Nr. 105, Dezember 1983, S. 17.
- 8 Stoffaës (Christian), *Nationalisations industrielles et bancaires, Le contexte historique*, *Les Cahiers Français (La Documentation Française)*, Nr. 214, Januar–Februar 1984, S. 3–5. Siehe auch: Delorme (Robert), *A New View on the Economic Theory of the State: A Case Study of France*, Paris, Centre d'études prospectives d'économie mathématique appliquées à la planification (Cepremap), Nr. 8401, Januar 1984, 42 S.
- 9 Le Garrec (Jean), *L'enjeu véritable des nationalisations*, in: *La politique industrielle, Les Cahiers Français (La Documentation Française)*, Nr. 212, Juli–September 1983, S. 27. Siehe auch: Delion (André G.), Durupt (Michel), *Les nationalisations 1982*, Paris, Economica, 1982, 208 S.; Blanc (Jacques), Brulé (Chantal), *Les nationalisations françaises en 1982, Notes et Etudes documentaires (La Documentation Française)*, Nr. 4721–4722, 20. Juni 1983.
- 10 Boubil (Alain), *Le socialisme industriel*, Paris, Presses Universitaires de France, 1977, S. 253–322.
- 11 Wegner (Manfred), *Französische Wirtschaftspolitik unter Mitterrand, Versuch einer vorläufigen Bilanz, Ifo-Schnelldienst*, 37. Jahrgang, Nr. 11–12/84, 16. April 1984, S. 15.
- 12 Dethomas (Bruno), *Deux ans de nationalisations, Le glissement vers un capitalisme d'Etat*, *Le Monde*, 41. Jahrgang, Nr. 12146, 14. Februar 1984, S. 19.
- 13 Poirmeur (Yves), Pannetier (Christophe), *Les socialistes français, la crise et l'Europe*, *Le Monde diplomatique*, 31. Jahrgang, Nr. 361, April 1984, S. 2–3.
- 14 Bilger (François), *Die Inflationsbekämpfung in Frankreich, Referat vor dem Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Vereins für Sozialpolitik am 30./31. März 1984 Freiburg i. Br., Strasbourg, März 1984*, S. 49.
- 15 Kuntze (O. E.), *Auslandskonjunktur: Frankreich, Ifo-Schnelldienst*, 36. Jahrgang, Nr. 34/83, 8. Dezember 1983, S. 23–27.
- 16 *Le Monde*, 41. Jahrgang, Nr. 12214, 4. Mai 1984, S. 8 & 1.

- 17 *Le Monde*, 41. Jahrgang, Nr. 12212, 2. Mai 1984, S. 7.
- 18 Henry (André), Liberté, égalité, fiscalité, *Le Monde*, 41. Jahrgang, Nr. 12213, 3. Mai 1984, S. 2.
- 19 Siehe zum Beispiel folgende Artikel: Duverger (Maurice), Le socialisme à la française, aujourd'hui, *Le Monde*, 41. Jahrgang, Nr. 12192, 7. April 1984, S. 9; Gallo (Max), Le socialisme aujourd'hui, Des slogans ou des principes, *Le Monde*, 41. Jahrgang, Nr. 12207, 25. April 1984, S. 1-2; Garnier (Jean-Pierre) & Janover (Louis), Une deuxième droite?, *Le Monde*, 41. Jahrgang, Nr. 12207, 25. April 1984, S. 2.
- 20 *Libération*, Nette série-Nr. 923, 10. Mai 1984, S. 2-7. Zum IX. Plan, siehe: Loi no 83.1180 du 24. decembre 1983, Rapport annexé à la deuxième loi de développement économique, social et culturel (1984-1988), *Journal officiel de la République française*, Edition des lois et décrets, 30. Dezember 1983, Annexe au no 302, 180 S.